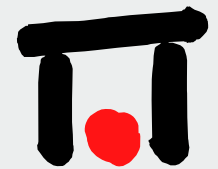


Ambulante Hilfe e.V. Arbeitsbericht Nr. 32



Ambulante Hilfe e.V. hilft Menschen in Armut und Wohnungsnot
Kreuznacher Str. 41a 70372 Stuttgart Tel. 0711/520 4545 0

Diakonie 



2012 **Schwerpunktthema:**
Wohnungsnot

www.ambulantehilfestuttgart.de

Herausgegeben vom MitarbeiterInnenteam der
Ambulanten Hilfe e.V.

Kreuznacher Straße 41a
70372 Stuttgart
Tel: 0711/ 520 45 45-0
Fax: 0711/ 520 45 45-40
Mail: ambulante.hilfe@gmx.de
www.ambulantehilfestuttgart.de

Spendenkonto:
Landesbank Baden Württemberg
Kontonummer: 1155002
BLZ: 600 501 01

Gestaltung und Fotos: Manfred E. Neumann
Fotos S. 40-41: Südwestrundfunk
Druck UWS Druck Stuttgart

Diakonie 

2	Wer wir sind
8	Soziale Wohnraumversorgung in Stuttgart ?!
18	Wohnungspolitische Forderungen
20	Presse
26	Das Team
28	Fallbericht 1: Paul N.
30	Erinnerung an unsere verstorbenen Klienten
32	Neues aus dem Café72
34	Straßensozialarbeit - Runder Tisch
38	Fallbericht 2: Frau A.
40	Das MedMobil im Einsatz als »Kältebus«
42	Fallbericht 3: mail von Herrn G.
44	Einzug
45	Personalverabschiedungen
46	Statistik

Wer wir sind

Wir sind ein gemeinnütziger Verein, der Menschen hilft, die obdachlos geworden sind oder Angst um ihre Wohnung haben und sozial ausgegrenzt sind. Uns gibt es seit 1977. Wir sind Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Wir sind außerdem Mitgesellschafter bei der Neuen Arbeit gGmbH. Wir sind ein Team von 19 SozialarbeiterInnen (auf 14 Stellen), einem für unsere Immobilien zuständigen Betriebswirt, 3,9 Verwaltungskräften sowie PraktikantInnen und zwei Bufdis.

Was wir tun

Wir beraten und betreuen in direktem Kontakt, von Mensch zu Mensch. Wir beraten kompetent, kostenlos und ohne lange Wartezeiten. Bei persönlichen Notlagen, bei sozialen Schwierigkeiten und Wohnungsverlust helfen wir schnell und unbürokratisch. Wir helfen beim Beantragen von Sozialleistungen, bei der Arbeitssuche, bei Problemen mit Schulden oder Gericht. Wir vermitteln kurzfristige Unterkünfte und langfristige Wohnmöglichkeiten. Wir begleiten die Hilfe Suchenden bei Bedarf zu Ämtern, zum Arzt, in seelischen Notlagen. Wir informieren über weitergehende Hilfsmöglichkeiten und Beratungsangebote.

Was wir wollen

Wir wollen Menschen helfen, die in wirtschaftliche und soziale Not geraten sind, ihre Lage zu verbessern. Wir legen Wert darauf mit den Hilfe Suchenden zusammenzuarbeiten, ihre eigenen Fähigkeiten und Entscheidungen zu fördern und dadurch ihre Selbsthilfekräfte zu stärken. Wir wollen durch ein breitgefächertes Hilfeangebot erreichen, dass die Betroffenen gesellschaftlich wieder Fuß fassen.

Wie wir arbeiten

Wir sind selbstverwaltet organisiert. Bei uns entscheidet das Team. Dadurch sind die Entscheidungswege kurz und der Verwaltungsaufwand gering. Wir arbeiten eng zusammen mit Kirchengemeinden und anderen sozialen Einrichtungen in Bad Cannstatt und in anderen Stadtteilen Stuttgarts. Wir wollen die lokale Sozialpolitik im Sinne unserer Klienten mitgestalten.

Wir leisten eine Aufgabe nach dem § 67ff SGB XII. Dafür erhalten wir von der Stadt Stuttgart einen pauschalen Festbetrag. Einen Eigenanteil von rund 100.000 Euro jährlich müssen wir aus Spenden und Bußgeldern aufbringen. Für unsere Arbeit brauchen wir deshalb auch in Zukunft mehr denn je die Unterstützung durch Spenderinnen und Spender.

Eine Spende an die Ambulante Hilfe e.V. ist Hilfe, die ankommt. Durch das Fehlen eines bürokratischen »Wasserkopfes« und einer schlanken Verwaltung kommen Spendengelder direkt dort an, wo sie gebraucht werden: bei der Arbeit für Menschen in Armut und Wohnungsnot.

Wir schaffen Wohnraum

Seit 1987 bauen wir Sozialwohnungen. Mit den Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus haben wir insgesamt 143 Ein-, Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen in 14 Häusern erstellt. Damit schaffen wir Wohnraum für ca. 187 Männer, Frauen und Kinder. Außerdem haben wir zwei Ein-Zimmer-Appartements angemietet. Alle Wohnungen (bis auf vier in der Neckarstr. 113) sind mit unbefristeten Mietverträgen vermietet.

Wir bieten Wohnmöglichkeiten

Die »Tunnelstraße 18« in Feuerbach bietet als teilstationäre Einrichtung vorübergehende Wohnmöglichkeiten für 26 alleinstehende Männer. Die Ein-Zimmer-Appartements sind mit Kochnische ausgestattet und möbliert. Zwei Sozialarbeiter stehen tagsüber für Beratung und Betreuung zur Verfügung.

Wir beraten in der Regionalen Fachberatungsstelle

Die Regionale Fachberatungsstelle (RFB) ist eine von drei regionalen Fachberatungsstellen in Stuttgart. Hier beraten wir Männer ab 25 Jahren die in Bad Cannstatt, Stuttgart Ost oder den Neckarvororten angemeldet sind. Außerdem beraten wir Männer ohne Meldung in Stuttgart, deren Nachname mit den Buchstaben R – Z beginnt. Zur Beseitigung aktueller Notlagen bieten wir unsere Hilfe kurzfristig an und versuchen dann längerfristig, gemeinsam mit den zu Beratenden ein passgenaues Hilfeangebot zu finden. Nicht zuletzt beraten wir auch zur Erhaltung bestehenden Wohnraums, wenn dieser in Gefahr ist. Die Beratung für die Hilfe Suchenden dauert teilweise nur ein paar Wochen, andererseits nehmen aber auch viele zu Beratende unsere Beratungs- und Hilfeangebot über Jahre in Anspruch.

Wir sind Trägerin der Zentralen Frauenberatung

In Kooperation mit dem Caritasverband für Stuttgart e.V. und der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. bieten wir seit dem Jahr 2000 ein eigenes Beratungsangebot für Frauen in Armut und Wohnungsnot in der Hauptstätterstr. 87 an.

Hilfe suchende Frauen finden hier ein Beratungsangebot in einer geschützten Umgebung. Die Beratung findet hier ausschließlich durch weibliche Fachkräfte statt. Die Mitarbeiterinnen kennen frauenspezifische Lebenslagen und suchen gemeinsam mit den Hilfe suchenden Frauen nach Lösungen für ihre problematische Situation.

Wir bieten Betreutes Wohnen und Begleitetes Wohnen

Wir betreuen und beraten Frauen und Männer im Individualwohnraum und unterstützen sie beim Erhalt ihres Wohnraumes oder beim Einzug in eine neue Wohnung. Wir helfen bei der Organisation ihres Alltages, beim Umgang mit Behörden, bei Problemlösungen im persönlichen Bereich und in Krisensituationen. Dabei berücksichtigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Beratung die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Männern und Frauen.

Sie wissen, dass sie unterschiedlich geprägt sind und deshalb in Notsituationen unterschiedliche Hilfeangebote benötigen.

Wir betreiben ein Sozialhotel

In besonderen Notfällen werden obdachlose Menschen vom Sozialamt in einfachen Pensionen/Hotels untergebracht. Das sind zum einen Menschen, die noch nicht zur »Obdachlosenszene« gehören, zum anderen sind es Menschen, die schon viele Einrichtungen durchlaufen und bislang nicht passend untergebracht werden konnten. Z.B. Menschen mit psychiatrischen Krankheitsbildern und/oder Suchtproblemen. Als Betreiber sorgen wir für menschenwürdige Wohnverhältnisse, die sich in der qualitativen Ausstattung der Zimmer, dem Einbau von Stockwerksküchen, dem professionellen Reinigungsdienst, Unterstützung durch Hausmeister etc., auszeichnen. Unsere Fachkraft vor Ort, achtet u.a. auf die Anbindung an die zuständigen Fachberatungsstelle. Dadurch sind die Bewohner nicht sich selbst überlassen. Einem Abrutschen in schwierigere soziale Verhältnisse kann so vorgebeugt werden.

Wir gehen auf die Straße

Menschen in Not werden dort aufgesucht, wo sie sich aufhalten. Seit 2005 machen wir ein Streetwork-Projekt in Bad-Cannstatt, bei dem Sozialpsychiatrie und Wohnungsnotfallhilfe zusammenarbeiten. Dieses interdisziplinäre Hilfsangebot ist bundesweit das erste seiner Art. Nach langjährigem politischem Kampf ist mittlerweile die Fortführung dieser wichtigen und effektiven Arbeit gesichert.

Wir bieten Raum für Treffs und Kontakte

Das Café 72 ist eine im Bistrostil eingerichtete Tagesstätte für Menschen mit und ohne Wohnung. Ein großer, freundlicher Raum für Nichtraucher und ein kleines Raucherzimmer bieten die Möglichkeit zum Ausruhen, Aufwärmen, Unterhalten und Wohlfühlen. Im Vordergrund der Caféarbeit steht das Prinzip der »Hilfe zur Selbsthilfe«. So ermöglicht unsere breite Angebotspalette jeder/jedem BesucherIn, verschiedene zum Tagesablauf eines Menschen gehörende Bedürfnisse und Tätigkeiten zu befriedigen. Dabei ist es unser Grundsatz, dass die BesucherInnen durch selbstständiges Handeln die Erfüllung ihrer Bedürfnisse selbst in die Hand nehmen und somit auch für den Ablauf des Cafébetriebs mitverantwortlich sind.

Wir beraten im MedMobil

Immer wieder wird festgestellt, dass Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten nicht ausreichend medizinisch versorgt werden. Darum hat die Ambulante Hilfe zusammen mit Ärzten der Welt e.V. sowie der Landeshauptstadt Stuttgart und den anderen freien Trägern der Wohnungsnotfallhilfe das Projekt MedMobil geplant und aufgebaut. Finanziert wird es über eine Erbschaft an die Stadt Stuttgart. Befristet bis 2013 werden mit dem MedMobil, einem umgebauten Ambulanzbus, regelmäßig öffentliche Plätze und Einrichtungen angefahren, an denen sich Menschen in schwierigen Lebenssituationen aufhalten. Medizinerinnen, Pflegekräfte und Sozialarbeiterinnen bieten medizinische Basisversorgung, präventive Aufklärung, psychosoziale Beratung sowie bei Bedarf Vermittlung in das soziale Hilfesystem oder das Gesundheitssystem an. Das Projekt wird von zwei Sozialarbeiterinnen begleitet und koordiniert, die medizinischen Aufgaben werden ausschließlich von ehrenamtlich tätigen Ärzten/innen und Pflegekräften übernommen. Ohne deren Engagement wäre dieses Angebot nicht möglich. Ein Ziel des Projektes ist, wohnungslosen und armen Menschen den Zugang in das bestehende Gesundheitssystem zu ermöglichen oder zu erleichtern.

35 Jahre nach der Gründung der Ambulanten Hilfe wäre es gut, in einer Rückschau von einer ständigen, wenn auch vielleicht langsamen Verbesserung der Rahmenbedingungen berichten zu können, unter denen wir seit 1977 versuchen, Menschen in Wohnungsnot und sozialer Ausgrenzung zu helfen. Das ist aber leider nicht der Fall.

Zwar hat es durchaus Fortschritte gegeben, die wir gefordert oder an denen wir direkt mitgewirkt haben – darunter so beachtliche wie:

- die höchstgerichtliche Durchsetzung des Anspruchs auf Bargeld,
- die fachliche Zusammenlegung der sozialarbeiterischen Zuständigkeit für ortsfremde und ortsansässige Wohnungslose (früher »Nichtsesshafte« und »Obdachlose« genannt),
- die Einrichtung einer Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit und
- die Regionalisierung der ambulanten Fachberatungsstellen für Männer unter Beibehaltung der zielgruppenspezifischen Fachberatungsstellen für Frauen, junge Erwachsene und Straftatlassene.

In den letzten zehn Jahren – und besonders seit den Hartz IV-Gesetzen und der so genannten »Gesundheitsmodernisierung« – sind wir aber im-

mer weniger dazu gekommen uns für weitere Verbesserungen einzusetzen; im Gegenteil:

Wir müssen feststellen, dass es uns trotz aller Bemühungen nicht gelingt Rückschritte im System der sozialen Hilfen zu verhindern. Schlimmer noch: Wir müssen mehr und mehr darum kämpfen, dass die hilfesusuchenden Menschen im Einzelfall überhaupt noch zu ihrem – geringer gewordenen – Recht kommen und wenigstens würdevoll behandelt werden.

Wir haben über diese Entwicklungen teilweise schon in den letzten Jahresberichten berichtet. Aus aktuellem Anlass beschränken wir uns in diesem Jahresbericht auf den Bereich, für den wir als Verein unter anderem bekannt geworden sind: die Versorgung mit Wohnraum.

Wohnungsmarkt in Stuttgart - Wohnungsbau der Ambulanten Hilfe

Wir haben in den letzten 25 Jahren mit großem Aufwand insgesamt 143 Sozial-Wohnungen gebaut und an über 160 Menschen unbefristet vermietet. Trotzdem erinnert uns die derzeitige Lage auf dem Stuttgart Wohnungsmarkt und im Unterkunfts-System der Wohnungsnotfallhilfe an die Gestalt

des Sisyphos in der griechischen Mythologie:

Dieser versucht ständig, einen schweren Felsbrocken den Berg hinauf über die Bergspitze zu befördern, und kann doch nicht – wenn seine Kräfte nachlassen – verhindern, dass der Brocken immer wieder an die tiefste Stelle zurück rollt.

Ausgangssituation

Von 1977 über die 80er hinweg bis Mitte der 90er-Jahre waren wir als Sozialarbeiter nur für Hilfe Suchende Menschen zuständig, die von außerhalb nach Stuttgart kamen. Wir hatten deshalb nichts mit der Verhinderung von Wohnungslosigkeit, also der

Prävention, zu tun, sondern nur mit Menschen, die ihre Wohnung schon verloren hatten.

Damals schon haben wir die Erfahrung machen müssen, dass es wohnungslose Menschen, die damals noch »Nichtsesshafte« genannt wurden, sehr schwer haben in Stuttgart

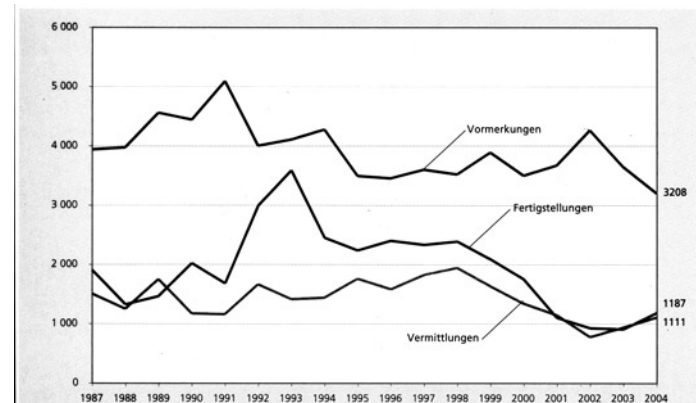
eine Wohnung zu bekommen, auch wenn sie sich entgegen der Vorurteile durchaus in Stuttgart niederlassen wollen.

Gegen die Vorurteile, dass solche Menschen nicht wohnen wollten oder nicht wohnfähig seien, lautete unsere Parole: **Gegen Wohnungslosigkeit hilft – eine Wohnung!**

Zu den Vorurteilen, die den Wohnungslosen entgegen schlugen, kam ab Mitte der 80er-Jahre aber auch noch eine fortschreitende Verknappung auf dem Wohnungsmarkt; die Situation im Bereich bezahlbarer Wohnungen musste man zu Beginn der 90er-Jahre als Wohnungsnot bezeichnen.

Das schlug sich auch in den Zahlen der Notfallkartei der Stadt Stuttgart nieder:

Die Zahl der vorgemerkten Haushalte lag 1987 schon bei fast 4.000, erreichte 1991 einen Höhepunkt von über 5.000 und bewegte sich noch bis 1994 über der 4.000er-Marke:



(siehe: Wohnungsbericht 2004-2005 S. 097 Notfallkartei: Vormerkungen und Vermittlungen 1987-2004)

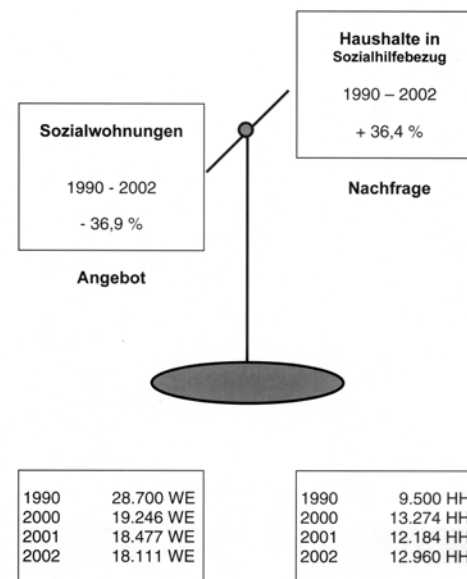
Selbst wenn jemand – drei Jahre nach seiner Ankunft in Stuttgart – dort aufgenommen worden war, musste er noch über zwei Jahre warten, bis er die ersten Wohnungsangebote erhielt. Aber auch das war noch keine Garantie wirklich eine Wohnung zu bekommen; die Wohnungen (der SWSG oder anderer gemeinnütziger Wohnungsbauunternehmen) wurden nämlich immer fünf verschiedenen Menschen angeboten und oftmals nicht an unsere Klienten, sondern an jemand Anderen vermietet.

Aller Anfang ist schwer

In dieser Situation beschlossen wir unserer Parole Taten folgen zu lassen und selbst Wohnungen zu bauen, obwohl wir das eigentlich nicht als Aufgabe unseres Vereins ansahen und obwohl das in Bezug auf den gesamten Mietwohnungs-Markt nur marginal sein konnte – der berühmte Tropfen auf den heißen Stein! Ohne Erfahrung trauten wir uns den Wohnungsbau zunächst nicht alleine zu; deshalb starteten wir unser erstes Projekt zusammen mit einem kleinen sozialen Bauträger, der Ackermann-Gemeinde. Die ersten 5 Wohnungen wurden 1987 bezugsfertig. Da wir kein eigenes Geld hatten um Wohnungen zu bauen, benötigten wir Darlehen von verschiedener Seite: insbesondere von dem Diakonischen Werks Württemberg, der L-Bank und der Stadt Stutt-

gart. Natürlich konnten wir auch kein Grundstück bezahlen, sondern waren darauf angewiesen, von der Stadt ein solches im Wege des Erbbaurechts zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dafür wollte die Stadt Stuttgart zwar das Belegungsrecht für unsere Wohnungen; sie akzeptierte aber die von uns vorgeschlagenen Mieter, wenn diese in der Notfallkartei waren. So entfiel für diese wenigstens die weitere Wartezeit innerhalb dieser Kartei. 1988 haben wir zum ersten Mal alleine ein Projekt mit 8 Wohnungen zu einem erfolgreichen Ende gebracht; durch die dabei gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen ermutigt haben wir in den Jahren 1992 bis 2001 in nicht ganz jährlichem Rhythmus 7 weitere Projekte mit insgesamt 63 Wohneinheiten geplant, finanziert und gebaut. Mit unserem Wohnungsbau konnten wir aber ebenso wenig wie der soziale Mietwohnungsbau in Stuttgart insgesamt die steigende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum befriedigen. Durch den Wegfall von Sozialwohnungen wurde die Situation im Sektor preiswerter Wohnungen in Stuttgart weiter verschärft, wie die vom Statistischen Amt 2002 veröffentlichte Grafik zeigt:

1.5 Sozialwohnungen/Sozialhilfe 1990 – 2002



(siehe: *Wohnungsbericht 2001-2002*
S. 029 *Sozialwohnung-Sozialhilfe*
1990-2002)

Deshalb überschritt die Zahl der Vormerkungen in der Notfallkartei der Stadt Stuttgart im Jahr 2002 erneut die 4.000er-Marke (siehe erste Grafik oben).

Änderungen der städtischen Wohnungspolitik

Der Wirtschaftsausschuss der Stadt Stuttgart hat auf diese Situation unter anderem am 11.4.2003 mit einer Neufassung der Richtlinien für die Vormerkdatei reagiert:

- Seither wird jede freie Sozialwohnung grundsätzlich zehn verschiedenen Menschen gleichzeitig angeboten, wodurch die **Chancen für unsere Klienten weiter gesunken** sind, von anderen Wohnungsunternehmen eine Wohnung zu erhalten. Eine Ablehnung der angebotenen Wohnung ist nur mit sehr guter Begründung möglich. Ansonsten erfolgt die Entfernung aus der Vormerk-Datei.
- Und seither gibt es auch keine Benachrichtigungen mehr durch das Wohnungsamt, wenn ein Wohnberechtigungsschein nach einem Jahr ausläuft. Wer es versäumt, rechtzeitig einen erneuten Antrag zu stellen, wird aus der Vormerk-Datei gestrichen.

Die Zahl der vorgemerkten Haushalte ist in den Folgejahren deshalb schnell auf knapp über 3.000 gefallen. Außerdem erfolgt wegen der neuen Richtlinien seit 2003 noch eine Differenzierung der vorgemerkten Wohnungsnotfälle in »echte« Notfälle, Dringlichkeitsfälle, allgemeine Vormerkungen und Tausch-Fälle – siehe die auf der nächsten Seite folgende Grafik:

Tabelle 2.2.4: Anteil der Haushalte in der Wohnungsvormerkdatei in Stuttgart seit 2003 nach Einstufung der Vormerk- und Belegungsrichtlinien¹⁾

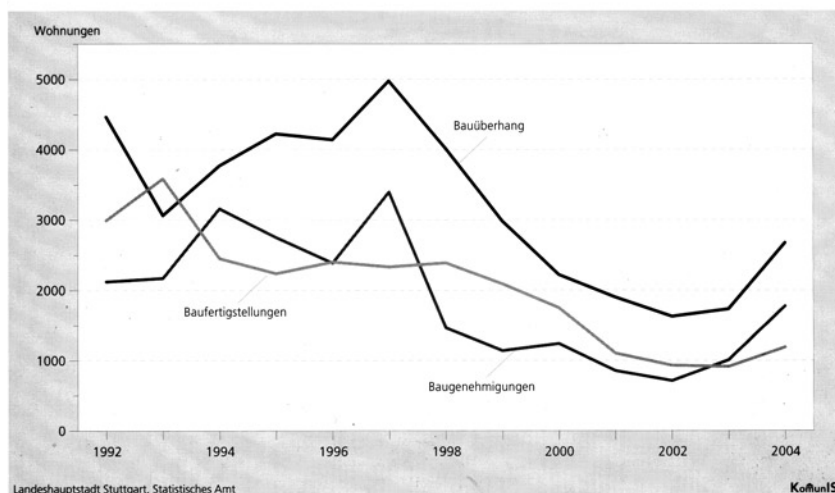
Jahr	Vorgemerkte Haushalte insgesamt	Davon			
		Notfälle	Dringlichkeitsfälle	Allgemeine Vormerkungen	Modernisierung/ Sanierung/Tausch
	Anzahl				
2003	3 652	111	1 654	1 768	119
2004	3 208	107	1 558	1 445	98

¹⁾ Siehe städtische Vormerk- und Belegungsrichtlinien in der Fassung vom 11.04.2003.

(Wohnungsbericht 2003-2005 S. 092 Notfallkartei 2003-2004)

Zu dem politischen Geist hinter den Veränderungen der Richtlinien passte die Überschrift eines Beitrags, der mit folgender Grafik etwa zwei Jahre später vom Statistischen Amt veröffentlicht wurde: »Talsohle am Wohnungsmarkt durchschritten?«

Entwicklung der Baugenehmigungen, Baufertigstellungen und des Bauüberhangs in Stuttgart seit 1992



(siehe: Wohnungsbericht 6/2005 S. 143)

Mit dem (ideologisch begründeten) Vertrauen, wenn es am allgemeinen Wohnungsmarktaufwärtsgehe, werde dieser im Lauf der Zeit alle Wohnungsprobleme lösen, wurde die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus in der Folge weiter reduziert:

Förderte die Stadt selbst (meist in Ergänzung von Landesmitteln) 2004 noch den Bau von 271 Sozialwohnungen, so beteiligte sie sich 2005 noch bei 186, 2006 noch bei 141 und 2007 nur mehr bei der Erstellung von 96 Sozialwohnungen! Die gleiche Politik wurde auch vom Land Baden-Württemberg betrieben:

So wurden in Stuttgart nur mit Landesmitteln (also ohne städtische Mit-Finanzierung) 2004 noch 142 Sozial-Wohnungen und 2005 sogar 163 gefördert. 2006 waren es aber nur mehr 38 und im Jahr 2007 sogar 0 (in Worten: Null). Das Land beteiligte sich im Jahr 2007 lediglich bei 11 der oben bei der städtischen Förderung genannten 96 Sozialwohnungen an der Finanzierung – das war alles!

(siehe: Wohnungsbericht 2006-2007 S. 100 Sozialmietwohnungsbau seit 1980) In dem genannten Zeitraum von 2004 bis 2007 war unser Beitrag zum sozialen Mietwohnungsbau in Stuttgart fast schon mehr als marginal zu nennen: Als Verein konnten wir immerhin 3 weitere Häuser mit insgesamt 32 Wohnungen bauen und an unsere KlientInnen vermieten. In den Jahren

2003 bis 2009 gab es bei den Daten der Vormerk-Datei keine wesentlichen Änderungen:

1. Jahresbericht 2011

Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat halbjährlich über die Entwicklung der Zahl der vorgemerkten Wohnungssuchenden (Vormerkdatei), der Wohnungsvergaben sowie über den Vollzug der Wohnungsbauprogramme und des Energiesparprogramms.

1.1 Vormerkdatei

1.1.1 Entwicklung der vorgemerkten Wohnungssuchenden und der Wohnungsvergaben

Zum 31.12.	Vormerkdatei		Wohnungsvergaben	
	Anzahl Vormerkungen	davon Dringlichkeitsfälle	Zeitraum	Anzahl
2003	3.652	1.761	2003	941
2004	3.208	1.663	2004	1.111
2005	3.015	1.561	2005	1.141
2006	3.023	1.636	2006	1.131
2007	3.225	1.746	2007	1.370
2008	3.153	1.757	2008	1.039
2009	3.211	1.736	2009	1.152
2010	2.879	1.448	2010	1.013
2011	2.834	1.440	2011	948

1.2 Wohnungsvergaben

1.2.1 Wohnungsvergaben des Amtes für Liegenschaften und Wohnen und deren Verteilung

	2003	2005	2007	2008	2009	2010	2011
SWSG gebundene Wohnungen	409	503	718	530	495	434	404
SWSG nicht mehr gebundene Wohnungen	129	148	220	152	123	269	230
andere Baugenossenschaften und -gesellschaften	403	490	432	357	534	310	314
Gesamt	941	1.141	1.370	1.039	1.152	1.013	948

Aufgrund der am 11. Dezember 2009 vom Gemeinderat beschlossenen Änderung der Vormerk- und Belegungsrichtlinien (GRDRs 1252/2009) darf die SWSG nur noch in Gebieten der „Sozialen Stadt“ 30 % der nicht mehr gebundenen Wohnungen selbst belegen. Dadurch hat sich die Belegung der nicht mehr gebundenen Wohnungen der SWSG in 2010 und 2011 gegenüber den beiden Vorjahren erhöht.

*

Mit der Änderung der Richtlinien zur Vormerk-Datei wurde der SWSG übrigens 2003 erlaubt, 30% ihrer nicht mehr gebundenen Wohnungen selbst zu belegen. Diese Wohnungen wurden damit der Vergabe des Amtes für Liegenschaften und Wohnen über die Notfallkartei und damit einer Wohnraumversorgung nach sozialer Dringlichkeit entzogen.

* (siehe: Wohnungsbericht 2011 Anlage 1 S. 4 Vormerkdatei)

Im Jahr 2009 sah sich der Gemeinderat allerdings gezwungen, diese Erlaubnis auf SWSG-Wohnungen in den Gebieten der »Sozialen Stadt« zu beschränken (siehe obige Grafik): Ohne diese Änderung hätten 2010 und 2011 wohl jeweils über 100 Wohnungen weniger aus der Notfallkartei vergeben werden können. In den Jahren 2010 und 2011 sank die Zahl der Vormerkungen zwar unter die 3.000er-Marke (siehe obige Grafik); aber trotz der

erwähnten Änderung bei den SWSG-Wohnungen sank 2011 auch die Zahl der Wohnungsvergaben erstmals seit 2003 unter 1.000! Und im gleichen Jahr 2011 förderte die Stadt lediglich den Bau von 85 Sozialwohnungen! (siehe: Wohnungsbericht 2011 Anlage 1 S. 7 Wohnungsbauförderung 2011) Im gesamten Zeitraum von 2008 bis 2012 kann man die Wohnungsbauförderung der Stadt generell nur als sehr bescheiden bezeichnen:

Die Anzahl der geförderten Sozialmietwohnungen (siehe roter Balken in der obigen Grafik) bewegte sich dabei zwischen 3 im Jahr 2008, 139 im Jahr 2009 und 43 im Jahr 2012; in den fünf Jahren zusammen wurden 298 Sozialwohnungen gefördert.

Als Ambulante Hilfe hatten wir einen nicht zu vernachlässigenden Anteil von über 10% an diesem vor sich hin dümpelnden sozialen Mietwohnungsbau in Stuttgart: Wir konnten 3 Häuser mit insgesamt 35 Wohnungen errichten und damit die aktuelle Gesamtzahl von 143 Sozialwohnungen in unserem Bestand erreichen

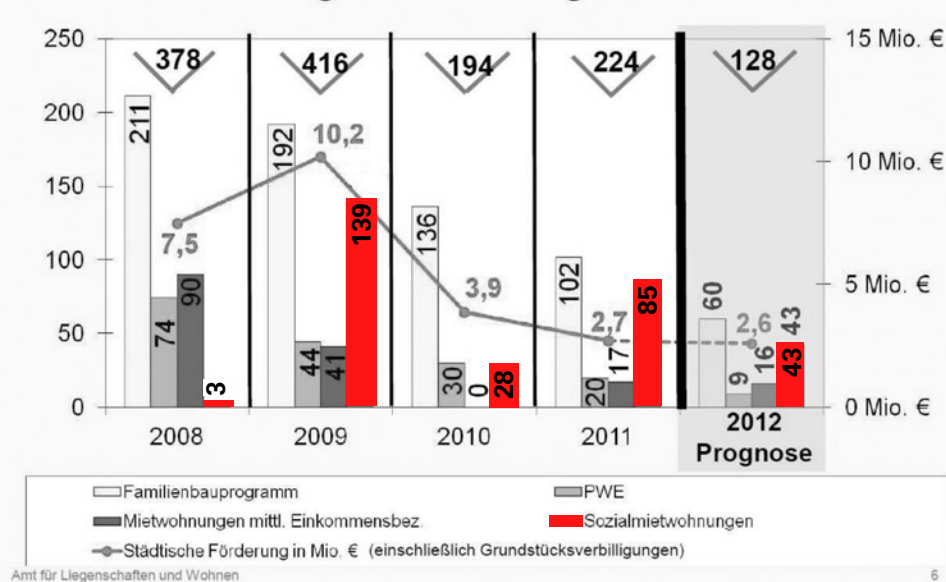
der vom Gemeinderat festgelegten Mietobergrenzen liegen.

Bei der Festsetzung dieser Mietobergrenzen werden nämlich nicht etwa alle Stuttgarter Wohnungen bis zu einer gewissen Größe mit den Obergrenzen des jeweils aktuellen Mietspiegels berücksichtigt, wie es aus dem Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte des Marktes eigentlich folgen müsste. Tatsächlich werden nur Mieten für Wohnungen mit einer einfachen Ausstattung übernommen – aber selbst dabei nur deren Durchschnittsmieten, nicht aber wenigstens alle vom Mietspiegel erfassten Markt-Mieten. Das bedeutet, dass Menschen mit Arbeitslosengeld II - oder Sozialhilfe-Bezügen nicht als gleichberechtigte Markt-Teilnehmer auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt konkurrieren können. Das hat gravierende Folgen:

Im Wohnungsbericht 2006/2007 wurde unter Bezugnahme auf eine Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2007 folgendes ausgeführt:

»Die Kriterien der Mietobergrenzen (keine Flächen- und Qualitätsüberschreitung) sind nur bei 17 Prozent der Bedarfsgemeinschaften tatsächlich erfüllt. Durch die Substitution von Wohnungsfläche durch Qualität oder umgekehrt wird jedoch insgesamt in 69 Prozent der Fälle die Mietobergrenze eingehalten.« (Wohnungsbericht 2006/2007, S. 67). Das bedeutet,

Wohnungsbauförderung 2008 - 2012



(Wohnungsbericht 2012 1. Halbjahr S. 6 der Präsentation vom 21.9. im Gemeinderat)

Mietobergrenzen für Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe

Der soziale Mietwohnungsmarkt ist deshalb so wichtig, weil der allgemeine Wohnungsmarkt offensichtlich nicht alle Wohnungsprobleme von Menschen mit niedrigem Einkommen lösen kann. Das hängt ganz wesentlich damit zusammen, dass Menschen, die ganz oder ergänzend auf Leistungen des JobCenters oder des Sozialamtes angewiesen sind, von diesen Behörden in der Regel nur Mieten bezahlt bekommen, die innerhalb

dass in 31 Prozent aller untersuchten Fälle die tatsächlich gezahlten Mieten oberhalb der festgelegten Mietobergrenzen lagen.

Die Mietobergrenzen stellen für Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe also in vielen Fällen eine unüberwindliche Grenze dar, wenn diese eine neue Wohnung anmieten wollen oder müssen.

Wenn sie aber vor dem Beginn des Leistungsbezugs eine Wohnung oberhalb der Mietobergrenze angemietet haben, müssen sie damit rechnen, vom JobCenter im Rahmen des so genannten Mietsenkungsverfahrens zur Suche nach einer preiswerteren Wohnung aufgefordert zu werden und damit vor den gleichen Problemen wie wohnungslose Menschen zu stehen, die eine Wohnung suchen.

Aktuelle Wohnungsnot

Seit Beginn des Jahres 2012 vermuten wir, dass die generelle Reduzierung der Wohnungsbauförderung und insbesondere des sozialen Mietwohnungsbaus zu dramatischen Folgen für die gesamte Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe führt – vor allem aber für die Menschen, welche sich an die Wohnungsnotfallhilfe wenden müssen.

Denn anders ist für uns die über **10%ige Zunahme der Anzahl der Wohnungsnotfälle in den Fachberatungsstellen im ersten Halbjahr 2012**

(siehe Beitrag zur Statistik auf Seite 46 in diesem Jahresbericht) nicht zu erklären.

Verschiedene Untersuchungen gehen für die Zukunft von einem großen und teilweise noch steigenden Defizit an Wohnungen generell in Stuttgart aus:

- Im Wohnungsbericht 5/2005 des Statistischen Amtes Stuttgart war bis 2020 von einem Neubau-Bedarf an Wohnungen von $700 + 790 = 1.490$ Wohnungen pro Jahr die Rede (siehe ebenda, S. 136-799).
- Der Gemeinderat der Stadt Stuttgart hat dementsprechend laut Wohnungsbericht 2004/2005 den »Bau von jährlich 1500 Wohneinheiten als Zielgröße« beschlossen (siehe ebenda, S. 10).
- Der Mieterverein ging 2009 in seiner Mieterzeitung von 16.000 fehlenden Wohnungen aus und verlangte die Förderung von 600 neuen Wohnungen pro Jahr, davon 300 Sozialwohnungen und 300 Mietwohnungen für Bezieher mittlerer Einkommen.
- Nach einer Untersuchung des Pestel-Instituts, das unter anderem vom Deutschen Mieterbund in Auftrag gegeben worden ist, habe die Entwicklung insbesondere in Großstädten und Ballungsräumen beim sozialen Wohnungsbau längst zu einem Engpass geführt. Es müssten Deutschlandweit etwa

130.000 Sozialwohnungen pro Jahr erstellt werden, um den gegenwärtigen Bestand von 1,6 Millionen zu erhalten. Es seien aber mindestens 40.000 bis 50.000 pro Jahr nötig, um den Abwärtstrend wenigstens spürbar zu bremsen.

Angesichts dieser Zahlen und unserer Erfahrungen können wir derzeit nicht von einer sozialen Wohnraumversorgung in Stuttgart sprechen.

Wir haben deshalb als Ambulante Hilfe eine Aktion aller Träger der Wohlfahrtspflege innerhalb der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe initiiert und sind mit unseren gemeinsamen Forderungen zur Wohnungspolitik an die Öffentlichkeit und auf Politiker aller Parteien zu gegangen (siehe Wohnungspolitische Forderungen ab Seite 18 in diesem Jahresbericht).

Vom neuen Oberbürgermeister erwarten wir im Rahmen einer Neuausrichtung der Wohnungspolitik hin zu einer wirklich sozialen Wohnraumversorgung über die versprochene deutliche Erhöhung der Anzahl an Sozialmietwohnungen hinaus dementsprechend Maßnahmen wie:

- die Überarbeitung der Richtlinien der städtischen Vormerkdatei,
- die realistische Festlegung der Mietobergrenzen,
- die auf dieses Ziel ausgerichtete Koordination aller betroffenen Ämter innerhalb der Stadtverwaltung und
- die aktive Umsetzung dieser Neuausrichtung auch durch die SWSG.



Wohnungspolitische Forderungen der Freien Träger der Wohnungsnotfallhilfe Stuttgart

Die Wohnungspolitischen Forderungen wurden von den Freien Trägern der Wohnungsnotfallhilfe in Stuttgart unter engagierter Beteiligung der Ambulanten Hilfe e.V. formuliert.

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass die Wohnungsnot in Deutschland vor allem in Ballungsräumen wie der Region Stuttgart wieder zunimmt. Dies zeigt sich u.a. in steigenden Immobilienpreisen, steigenden Mieten und Überbelegung der Angebote der Wohnungsnotfallhilfe. Parallel dazu nimmt seit Jahren der Bestand an Sozialwohnungen stark ab. In Stuttgart ist die Zahl der sozial gebundenen Wohnungen zwischen 1987 und 2012 von ca. 34 000 auf ca. 16 000 zurückgegangen. Für das Jahr 2017 werden nur noch 14 000 prognostiziert. (Quelle: Stadt Stuttgart)

Aufgrund der traditionell guten Situation auf dem Arbeitsmarkt, der hohen Nachfrage auf dem „normalen“ Wohnungsmarkt und des Mangels an verfügbaren Bauflächen ist diese Entwicklung für Stuttgart besonders fatal. Einkommensschwächere Haus-

halte werden aus dem Wohnungsmarkt verdrängt und benötigen die Unterstützung durch das Amt für Liegenschaften und Wohnen. Die Zahl der sozial gebundenen Wohnungen muss deshalb mindestens auf dem derzeitigen Niveau erhalten bleiben. Durch die Zunahme von Niedriglohn- und Zeitarbeitsverhältnissen steigt die Zahl derer, die die Mieten auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt nicht mehr aus ihrem Einkommen bezahlen können. Dazu kommen besondere Bedarfsgruppen, die aufgrund ihrer sozialen Situation bei der Wohnungssuche doppelt benachteiligt sind: Alleinerziehende, Arbeitslose, ausländische Mitbürger, junge Menschen ohne Ausbildung und alleinstehende Männer und Frauen. Verschärft wird ihre Situation dadurch, dass in Stuttgart das Angebot an Sozialwohnungen für Ein-Personen-Haushalte besonders knapp ist. Sie haben die längste Wartezeit, die gegenwärtig rund 19 Monate bis zum ersten Angebot des Amts für Liegenschaften und Wohnen beträgt.

Sozialer Wohnungsmarkt:

Um einer neuen Wohnungsnot entgegenzuwirken, ist es Aufgabe der Stadt Stuttgart, eine soziale Wohnraumversorgung zu organisieren. Die weitere Verringerung des Bestands an Sozialwohnungen ist bereits absehbar. Deshalb bedarf es zahlreicher Gegenmaßnahmen:

- Aufstockung der städtischen Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau, gemeinsam mit der erhöhten Landesförderung, so dass mindestens 300 geförderte Mietwohnungen jährlich neu gebaut werden können.
- Kauf von Belegungsrechten im Bestand.
- Förderung von Sanierungsvorhaben mit Belegungsbindung.
- Verlängerung der Förderung bei Auslauf der Bindung.
- Kein Ausschluss aus der Versorgung bei negativer Schufa-Auskunft.
- »Exklusivangebot« nach 5 vergeblichen Wohnungsvorschlägen.
- Wiedereinführung des Erinnerungsschreibens bei Ablauf des Wohnberechtigungsscheins.
- Gleichbehandlung von unter 25 jährigen Personen mit über 25 jährigen bei der Vergabe von Sozialwohnungen.

Allgemeiner Wohnungsmarkt:

Um der weiteren Verknappung des Angebots auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt zu begegnen und die Zugangschancen für Menschen mit geringem Einkommen zu erhöhen, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Wiedereinführung des Zweckentfremdungsverbotes.
- Einführung eines festgelegten statistischen Verfahrens zur Anpas-

sung der Mietobergrenze (nach SGB II und SGB XII), mit dem Ziel, dass eine angemessene Quote an Wohnungen für Niedrigeinkommen zur Verfügung steht.

- Die SWSG muss ihre Unternehmensziele dahingehend definieren, dass nicht Renditegesichtspunkte im Vordergrund stehen, sondern die Versorgung der Stuttgarter Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum.
- Übernahme des Mitgliedsbeitrags beim Mieterverein durch das Job Center bzw. das Sozialamt.
- Maklerschein für alle Empfänger von Leistungen nach dem SGB II / SGB XII ohne Vorbedingungen.
- Maximale Mieterhöhung von 1,- Euro pro qm nach energetischer Sanierung.

Prävention von Wohnungsverlust:

- Übernahme von Mietschulden als Beihilfe.
- Direktes Zugriffsrecht der Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit auf Kontingente von Wohnungen und Fürsorgeunterkünften.
- Erhöhung der Zahl der Fürsorgeunterkünfte im Streubesitz (keine weiteren Zweckbauten).
- Öffnung der Fürsorgeunterkünfte für Alleinstehende unter 63 Jahre. Mehr Personal für aufsuchende Ar-

beit bei Mietschulden.

- Keine Kürzung der Mietkosten-übernahme bei Sanktionen nach dem SGB II.

Unsere 5 wichtigsten Forderungen:

1. Bestandserhalt von sozial gebundenem Wohnraum
2. Neuausrichtung der SWSG an den Zielen einer sozialen Wohnraumversorgung, insbesondere durch Neubau von Sozialwohnungen
3. Stärkung der Prävention von Wohnungsverlusten
4. Neudefinition der Mietobergrenze
5. Verzicht auf Kürzung der Mietkostenübernahme bei Sanktionen nach dem SGB II

Stuttgarter Nachrichten
16.06. .2012

Kritik an SWSG verebbt im Rathaus

Stadträte und Verwaltung unterstützen Preispolitik – Sanierungsrückstand ist nach wie vor groß

VON JOSEF SCHUNDER

STUTTGART. Bei der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) ist Feuer unterm Dach. Die Proteste gegen die Mietpreispolitik der städtischen Tochter dehnen sich fast wie ein Flächenbrand aus. In der kommunalpolitischen Machtzentrale aber erhielt der SWSG-Chef Wilfried Wendel am Freitag Rückendeckung für seinen Kurs.

Da immer noch rund 8000 der 18 000 Wohnungen im Bestand als sanierungsbedürftig gelten, sahen der Wirtschaftsausschuss des Gemeinderats und Bürgermeister Michael Föll keine Alternative zu diesem Kurs: mit spürbaren Preisanpassungen im modernisierten Bestand das Geld für weitere Sanierungsprojekte hereinzuspielen. Nur die Fraktion SÖS/Linke wetterte dagegen.

Die Grünen hatten dafür gesorgt, dass das Thema auf die Tagesordnung kam – und dass Wendel ausführlichst Stellung nehmen konnte. Die Vorgeschichte: In der Bottroper Straße im Hallschlag protestierten Sozialmieter gegen Preiserhöhungen um 2,50 Euro pro Quadratmeter und Monat. In Rohr befürchteten ältere SWSG-Mieter, dass sie sich

nach dem Neubau ihrer Siedlung eine Wohnung an diesem Ort nicht mehr leisten können. In der Böheimsiedlung in Stuttgart-Süd zogen die Bewohner gegen Preiserhöhungen um 2,80 Euro zu Felde. Der Mieterverein beklagte eine systematische Vertreibung der Mieter am sozialen Rand in Stuttgart hinaus ins Umland sieht.

Dank der energetischen Sanierung könnten die Mieter 70 Cent pro Quadratmeter und Monat sparen

Wendel rechtfertigte die bis zu 64-prozentigen Mietpreiserhöhungen im Hallschlag. Von den 13,6 Millionen Euro oder 920 Euro pro Quadratmeter Mietfläche, die man im Gebiet Bottroper Straße für Modernisierungen aufwende, würden nur 5,3 Millionen Euro oder 38 Prozent auf die Mietpreise umgelegt. Bis zu 80 Prozent wären denkbar. Mögliche Erhöhungen um 3,30 Euro pro Quadratmeter kappe die SWSG aber freiwillig bei 2,50 Euro. Dank der energetischen Sanierung könnten die Mieter im Schnitt 70

Cent pro Quadratmeter und Monat an den Heizkosten sparen. Bei dem Linken-Stadtrat Tom Adler fruchtete das nicht: Die Ersparnis werde durch gestiegene Energiekosten aufgezehrt. Die SWSG solle den Überschuss von 15,9 Millionen Euro im Jahr 2011 zur Dämpfung der Mietpreise verwenden.

Wendel warnte vor katastrophalen Folgen, wenn es nicht mehr erlaubt wäre, die Preise für nicht preisgebundene Wohnungen an den Mittelwert des Mietspiegels heranzuführen. In einigen Jahren stünde man dann vor größeren Problemen. Etwaiger Härtefälle nehme man sich an. Die Masse der Mieter akzeptiere das Ergebnis der Sanierungen gern. Die SWSG erfülle ihren Auftrag, langfristig preisgünstigen Wohnraum sicherzustellen. Joachim Rudolf (CDU) pflichtete bei: Das „S“ im Namen SWSG könnte auch für „sozial“ stehen. Für die SPD, deren Kreisverband die Begrenzung der Mietpreiserhöhungen auf zehn Prozent verlangt, regte Monika Wüst eine Kapitalaufstockung für die SWSG an, um die Mieterhöhungen zu dämpfen. Fölls Reaktion: nicht finanzierbar. Die Mieten seien auch nach den Erhöhungen mit 6,20 bis 6,50 Euro noch preisgünstig.

Stuttgarter Nachrichten
19.06. .2012

Mieterverein kritisiert Stadtrat

STUTTGART (StN). Der Mieterverein Stuttgart hat im Zusammenhang mit den Mieterhöhungen der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) die Zustimmung des Gemeinderats kritisiert: „Wer Mietsteigerungen von bis zu 64 Prozent bei städtischen Wohnungen für angemessen hält, der weiß nichts über die schwierige soziale Lage vieler Arbeitnehmerhaushalte“, sagte Mietervereins-Chef Rolf Gaßmann. Kaum einer dieser Mieter hätte nach den energetischen Maßnahmen, mit denen die Erhöhungen begründet würden, in seinem Budget 300 Euro zusätzlich übrig. Der Mieterverein befürchtet, dass sich viele Mieter diese SWSG-Wohnungen nicht mehr leisten können. Gar kein Verständnis hat Gaßmann für die Haltung der SPD-Gemeinderäte: Gerade eine Partei, die sich als Interessensvertretung der sozial Schwachen definiere, dürfe solche Erhöhungen nicht zulassen.

Warnung vor einer neuen Wohnungsnot

Appell Elf Sozialhilfeträger fordern eine andere Wohnungspolitik von der Stadt. *Von Mathias Bury*

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Träger in der Wohnungsnotfallhilfe übt Kritik an der Wohnungspolitik der Stadt. Diese müsse etwas dagegen tun, dass der Bestand an Sozialwohnungen weiter abnehme. Andernfalls werde sich eine neue Wohnungsnot einstellen, die besonders die einkommensschwachen Haushalte treffe. In einem Schreiben an die Verwaltung und an die Ratsfraktionen äußern die elf Träger der Arbeitsgemeinschaft ihre „Sorge über die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt“. Wie in anderen Ballungsräumen sei in Stuttgart zu beobachten, „dass die Wohnungsnot wieder zunimmt“. Es sei eine „dramatische Verknappung von finanzierbarem Wohnraum“ festzustellen, die besonders die Klientel der Wohnungsnotfallhilfe treffe.

Immer weniger Sozialwohnungen

Neben steigenden Immobilienpreisen und Wohnungsmieten komme hinzu, dass Bauflächen in Stuttgart sehr knapp seien. „Das ist besonders fatal“, schreiben die Träger. Da die Zahl der Niedriglohn- und Zeitarbeitsverhältnisse zunehme, wachse die Gruppe der Menschen, welche die Mieten nicht mehr zahlen könnten. Dies gelte vor allem für Alleinerziehende, Arbeitslose, ausländische Mitbürger und Jugendliche ohne Ausbildung. Besonders für Einpersonenhaushalte sei das Angebot knapp. Die Stadt müsse dafür sorgen, dass die Zahl der sozial gebundenen Wohnungen nicht weiter sinke. Diese seien seit 1987 von 34 000 auf 16 000 zurückgegangen, eine weitere Abnahme auf 14 000 bis 2017 sei prognostiziert. Die Arbeitsgemeinschaft fordert, dass die Stadt ihre Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau aufstockt.

Stuttgarter Zeitung
6.08.2012

„Jährlich müssen mindestens 300 geförderte Mietwohnungen gebaut werden“, heißt es. Und die Stadt müsse „Belegungsrechte im Bestand kaufen“. Die Träger fordern, dass die Tätigkeit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWSG wieder „an den Zielen einer sozialen Wohnraumversorgung“ ausgerichtet wird.

Winterasyl derzeit schon belegt

Wie berichtet, ist das Angebot der Wohnungsnotfallhilfe der Stadt, das bei den Trägern 1830 Plätze unterschiedlicher Betreuungsstufen vorhält, so stark gefragt, dass derzeit auch das Winterasyl als Unterkunft genutzt wird. Das Problem ist, dass die Zahl der Hilfesuchenden steigt. Zu den in der Arbeitsgemeinschaft organisierten Trägern der Wohnungsnotfallhilfe gehören die Ambulante Hilfe Stuttgart, das Frauenwohnprojekt ASH, der Caritasverband, die Heilsarmee, die Evangelische Gesellschaft, der Sozialdienst katholischer Frauen, der Suchthilfeverein Lagaya, die Sozialberatung Stuttgart und die justiznahen sozialen Dienste Präventsozial.

Das Winterasyl wird jetzt auch im Sommer belegt

Notfälle Weil es an Wohnungen für Bedürftige fehlt, kommt das Hilfesystem der Stadt an seine Grenzen. Von Mathias Bury

Die Hauptstätter Straße 150 ist eine bekannte Adresse in der Landeshauptstadt. Wer kein Dach über dem Kopf hat, bekommt dort in der kalten Jahreszeit Asyl. Jetzt, im Sommer, wäre die zentrale Winternotübernachtung eigentlich zu. In diesem Jahr ist das anders: Weil alle anderen Plätze in den Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe belegt sind und sich für die Betroffenen keine Wohnungen finden, nutzt das Sozialamt bereits seit Juni zwei Etagen mit 20 Plätzen in der Hauptstätter Straße 150. „Das ganze System ist verstopft“, sagt Elisabeth Kopp, die Leiterin der Wohnungsnotfallhilfe.

Die Landeshauptstadt hat ein differenziertes Angebot für Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen ihre Wohnung verloren haben. Insgesamt 1830 Plätze stehen bei einer ganzen Reihe von Trägern zur Verfügung, von der Notübernachtung über die Aufnahmehäuser, von ambulant betreutem Wohnen bis zu vollstationären Hilfen. Für alle gilt: „Wir sind voll“, sagt Elisabeth Kopp. Weil die Lage so „akut“ gewesen sei, habe man sich entschieden, auch die Hauptstätter Straße in Teilen zu belegen, was es über so viele Wochen „noch nie gegeben“ habe, sagt die Leiterin der Wohnungsnotfallhilfe.

Dieser Schritt war notwendig, weil das bisher wenigstens einigermaßen durchlässige Hilfesystem nicht mehr funktioniert. „Der Übergang in Wohnungen klappt nicht mehr“, erklärt Elisabeth Kopp. Eigentlich müsste das Ganze so vor sich gehen: Die Betroffenen verbringen ein paar Tage in einer Notunterkunft (insgesamt 50 Plätze) und wechseln dann in ein Aufnahmehaus (150 Plätze). Dort wird bis in spätestens drei Monaten geklärt, welche Hilfen die Menschen benötigen, ob sie etwa ein Suchtproblem haben, ob Schulden oder eine psychische Erkrankung sie drücken, oder ob sie nur wieder eine Wohnung brauchen. Zu einem sehr großen Teil handelt es sich dabei um allein stehende Personen.

Auf dem engen Wohnungsmarkt finden sozial schwache Mieter kaum mehr etwas.

Wenn nur eine Wohnung fehlt, also im günstigeren Fall, warten andere Erschwernisse: „Die Leute kommen nicht aus den Aufnahmehäusern raus“, sagt Elisabeth Kopp, man finde keine Wohnungen. Einfach sei das noch nie gewesen, „aber das hat sich auf dem angespannten Wohnungsmarkt alles verschärft“. Deshalb könnten ambulante Hilfsangebote in der eigenen Wohnung, die es neben knapp 990 Plätzen betreuten Wohnens gibt, „kaum greifen“, sagt die Leiterin der Wohnungsnotfallhilfe.

Bei der Caritas, mit etwa 900 Plätzen einer der größten Träger, kennt man das Problem. „Unser System ist voll, unsere Beratungsstellen laufen über – wir wissen nicht mehr wohin mit den Menschen“, sagt Manfred Blocher, der Bereichsleiter Armut, Wohnungsnot und Schulden bei der Caritas. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichne man bei den Ratsuchenden eine Zunahme von etwa zehn Prozent.

Aber warum ist das so? Bei der Stadt hat man keine Erklärung dafür und verweist nur darauf, dass laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe die Zahl der Betroffenen in den vergangenen Jahren um etwa zehn Prozent gestiegen sei. Manfred Blocher geht von verschiedenen

Ursachen aus. So erzählten Mitarbeiter, dass nach ihrer Erfahrung die Räumungsklagen in diesem Jahr gestiegen seien. Und die Zahl der Hilfesuchenden, die aus dem näheren und weiteren Umland der Landeshauptstadt hier ankämen, habe ebenfalls zugenommen. Nicht zuletzt aber liege der preisgebundene soziale Wohnungsbau in der Stadt „praktisch brach“, kritisiert Manfred Blocher. Tatsächlich nimmt die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen, für die die Stadt ein Belegungsrecht hat, jedes Jahr um etliche hundert ab. Blocher: „Selbst bei der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft SWSG, die gerade einen Imagewandel vollzieht, findet der soziale Wohnungsbau doch nicht mehr statt.“



Die Hauptstätter Straße 150 dient sonst nur als Winternotunterkunft in der Stadt. Weil andere Einrichtung voll sind, wird sie aber auch gegenwärtig genutzt.

Foto: Thomas Schlegel

Das Team



Angelika Brautmeier



Stefanie Uphoff



Silke Lang-Schiefer



Iris Schüle



Angelika Frank

Miriam Schiefelbein-Beck

Athanasios Tsirikiotis

Iris Brüning

Martina Diers

Hannes Schierle

Diana Neugebauer

Markus Tröster

Tanja Köllinger

Michael Knecht

Birgit Ehret-Bresing

Henning Ueber

Friedemann Frasch

Marga Luikart

Maria Hassemer-Kraus

Manuela Haussmann

Manuel Borrego Beltran

Axel Englmann

Peter Schumacher

Andrea Günther

Andreas Plank

Daniela Schick

Manfred E. Neumann

Paul N. wurde 1959 in Stuttgart geboren. Seine Eltern hatten oft Streit und als er zwölf Jahre alt war, verließ sein Vater die Familie, womit die Beziehung zu ihm abbrach.

Es war das Jahr 1971. Damals war es noch nicht so verbreitet, daß sich Eltern scheiden ließen. Oft mußte er den Spott seiner Mitschüler aushalten. Paul begann sich für Fußball zu interessieren. Es zog ihn immer wieder nach Bad Cannstatt. Der Fußball und das dazugehörige Gemeinschaftsgefühl der Anhänger faszinierten ihn, besonders in der schwierigen Phase der Pubertät. Hier fand er väterliche Freunde, aber auch die ersten Erfahrungen mit Alkohol. Der VfB und seine »Cannstatter Kurve« wurden mit der Zeit zum Familienersatz. Er identifizierte sich über seine Fanzugehörigkeit und trug in seiner Freizeit die Kutte der »Cannstatter Kurve«.

Seine neue »Familie« hatte eine stabilisierende Wirkung auf ihn. Er begann eine Ausbildung zum Dachdecker und blieb seinem späteren Arbeitgeber genauso treu, wie dem heißgeliebten VfB. Über 30 Jahre arbeitete er in derselben Firma, als eine fortschreitende epileptische Erkrankung sein Arbeitsleben als Dachdecker ziemlich unvorbereitet beendete. Paul N. unterschrieb einen Auflösungsvertrag bei seinem alten Arbeitgeber und meldete sich pünktlich arbeitslos bei der Agentur für Arbeit. Mit den bürokratischen

Anforderungen bei der Antragstellung einschließlich der Beschaffung der vielen dazu nötigen Unterlagen war er jedoch komplett überfordert. Er überzog sein Girokonto und war nicht mehr in der Lage, die Mietzahlungen und die Abschlagszahlungen der ENBW zu überweisen, ehe die Arbeitsagentur sein Arbeitslosengeld überwiesen hatte. Ein Freund von Paul N. bemerkte seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten und begleitete ihn zum ersten Beratungsgespräch in der Ambulanten Hilfe. Der zuständige Sozialarbeiter setzte sich sofort mit der Arbeitsagentur und den Gläubigern in Verbindung. Die Arbeitsagentur überwies innerhalb von zwei Wochen eine Abschlagszahlung auf ein Konto der Ambulanten Hilfe. Hierfür war unter Einwilligung von Herrn. N. eine Geldverwaltung eingerichtet worden. Der Vermieter und die ENBW waren einverstanden, die aufgelaufenen Schulden per Ratenzahlung zurückzuerhalten. Die wichtigsten Probleme waren erstmal gelöst. Die Wohnung war gesichert, Strom und Wasser standen weiterhin zur Verfügung und die Leistungen der Agentur für Arbeit flossen pünktlich auf sein neues Konto.

Nach der anfänglichen intensiven Zusammenarbeit mit Paul N. wurde jedoch schnell klar, daß dieser Mensch, bedingt durch seine epileptische Erkrankung und seinen stetigen Alkoholkonsum, den er nie verheimlichte, ko-

gnitiv nicht mehr in der Lage war, den Anforderungen des täglichen Lebens gerecht zu werden. Als Arbeitslosengeld-Empfänger muß man pünktlich und gewissenhaft auf Anschreiben der Behörden reagieren, ansonsten werden Leistungen gekürzt bzw. nicht ausgezahlt.

Hinzu kam, daß sich sein gesundheitlicher Zustand ab 2009 verschlechterte. Er konnte immer schlechter gehen und nach einem körperlichen Zusammenbruch wurde er 2011 nach einem Krankenhausaufenthalt und stationärer Kurzzeitpflege in die Pflegestufe 1 eingestuft. Obwohl er bereits unter massiven hirnganischen Beeinträchtigungen litt, wollte er unbedingt zurück in seine Wohnung.

Tatsächlich erholte er sich körperlich in der Kurzzeitpflege und zog wieder zurück in seine vertraute Umgebung. Auf Leistungen aus der Pflegekasse verzichtete er, da sich sein persönliches Umfeld (VfB-Fanclub) sehr um ihn kümmerte und es ihm ermöglichte, trotz diesem schlechten körperlichen Zustand in seiner Wohnung ohne Pflegeleistungen weiterzuleben.

Vom JobCenter und der Rentenversicherung wurde er nun endgültig als erwerbsunfähig eingestuft und so kam er mit der Erwerbsminderungsrente und aufstockendem Wohngeld einigermaßen klar. Den damit verbundenen umfassenden »Papierkram« bekam er nur noch am Rande mit, alle

Anträge und Bescheide liefen über seinen Sozialarbeiter und er musste nur noch seine Unterschrift drunter setzen und die eingehende Post mitbringen.

Im Frühjahr 2012 war der Körper von Paul N. im Alter von nur 52 Jahren am Ende. Er spuckte in seiner Lieblingskneipe Blut und wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er ins künstliche Koma versetzt wurde. Sein Körper war so geschwächt, dass er aus dem Koma nicht mehr erwachte und einige Tage später verstarb. Unter großer Teilnahme der »Cannstatter Kurve« fand eine beeindruckende Trauerfeier auf dem Pragfriedhof statt.

Paul N. hatte eine ganz spezielle Ausstrahlung und einen besonderen Charm. Er war immer geradeheraus, offen und ehrlich, nahm kein Blatt vor den Mund und er konnte auch ganz gut zu seinen Schwächen stehen. Mit seiner lebenswerten Art wird er uns noch lange in Erinnerung bleiben.



<i>Drake, Yvonne</i>	†	<i>November 2011</i>
<i>Jebsen, Günther-Ulrich</i>	†	<i>11.02. 2012</i>
<i>Steier, Gerold</i>	†	<i>22.03. 2012</i>
<i>Matzner, Peter</i>	†	<i>19.04. 2012</i>
<i>Hauss, Albert</i>	†	<i>08.06. 2012</i>
<i>Rita Torradas, José Francisco</i>	†	<i>01.07. 2012</i>
<i>Tobert, Katharina</i>	†	<i>Juli 2012</i>
<i>Haag, Roland</i>	†	<i>06.10. 2012</i>



Nachbarschaftstreffen

Das Café 72 ist die Tagesstätte der Ambulanten Hilfe e.V. Viele Besucherinnen und Besucher nutzen die hier angebotenen Möglichkeiten wie Duschen, Wäsche waschen, Essen kochen und sich im gemütlichen Ambiente aufhalten. Bei dem ständigen Kommen und Gehen, bleibt es nicht aus, dass sich im Eingangsbereich und

auch vor dem Eingang zuweilen Besucherinnen und Besucher aufhalten. Damit es hier nicht zu Belästigungen und Spannungen mit Anwohnern und Nachbarn kommt, wurde im Februar 2012 zu einem Nachbarschaftstreffen eingeladen. Erfreulicherweise folgten etliche Nachbarn der Einladung. Es kam zu einem guten Gespräch, bei dem anstehende Probleme geklärt werden konnten. So wurde beispielsweise die Gründung eines Aufräumteams beschlossen, das nach Schließen des Cafés die nähere Umgebung nach umherliegenden Gegenständen etc. absucht und diese entsorgt. Hundebesitzer werden ab sofort deutlich auf ihre Verantwortung hingewiesen. Die Durchgangswege am Café werden freigehalten, damit Passanten nicht behindert werden. Das Nachbarschaftstreffen wurde von allen Beteiligten als sehr positiv erlebt. Vorurteile konnten ausgeräumt werden und ein besseres Miteinander wurde angeregt. Deshalb wurde beschlossen, dass das Nachbarschaftstreffen in Zukunft zu einer regelmäßigen Einrichtung werden soll. Außerdem wurde vereinbart, dass ab sofort bei entstehenden Problemen sofort Kontakt mit den Mitarbeitern des Cafés aufgenommen werden soll. Wir hoffen, dass die neu geknüpften Kontakte vertieft werden und weiterhin ein gutes Verhältnis zu den Nachbarn gepflegt werden kann.

Schöne Feier

Herr Jürgen Retter ist seit einiger Zeit ein regelmäßiger Spender für das Café 72. Jetzt hatte er einen runden Geburtstag und lud alle Besucherinnen und Besucher des Café 72 dazu ein, mir ihm im Café 72 sein Geburtstagsessen zu teilen. Dies hat die Besu-

cherinnen und Besucher sehr gefreut und gerne wurde ein schönes Menü gekocht sowie eine festliche Tafel gedeckt um zusammen mit dem Jubilar gebührend zu feiern. Gerne wird an das schöne Fest zurückgedacht und dem Jubilar für die Zukunft alles Gute gewünscht.



Ein wichtiger »Einsatzort« der Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt ist der Runde Tisch. Dieser wurde durch eine Initiative der Ambulanten Hilfe e.V. gegründet. Neben niedrigschwelliger Begleitung und Heranführung von Menschen an Angebote des sozialen Hilfesystems, stellt die gemeinwesenorientierte Gremienarbeit einen bedeutenden Schwerpunkt dar. Der Runde Tisch hat sich als effektives Medium bewährt, um Probleme, welche im alltäglichen Zusammenleben verschiedener Gruppen entstehen, zu diskutieren und nach Lösungen hierfür zu suchen. Die Straßensozialarbeit steht diesem beratend und unterstützend zur Seite, vertritt jedoch auch die Interessen ihrer Klientel. Menschen, die in Armut leben müssen, von Wohnungslosigkeit bedroht sind oder in anderen herausfordernden Lebenssituationen sind, die es ihnen erschweren ihre Interessen selbst zu vertreten. Im Juli 2012 wurde der Runde Tisch außerplanmäßig einberufen. Anlass bot eine Beschwerde einiger Gewerbetreibender aus Bad Cannstatt. Diesen forderten, in Briefform und mit Unterschriften ortsansässiger Gewerbetreibender versehen, Ordnungsamt und Polizei zum Handeln auf. »Obdachlose« und »Bettler« am und um den Cannstatter Bahnhof würden, so der Inhalt des Briefes, geschäfts- und imageschädigend wirken. Vor allem das Urinieren an dem öffentlichen

Platz wurde, neben dem Alkoholkonsum und lauten Gesprächen, als besonders störend empfunden. Die VerfasserInnen des Briefes forderten daher, die ihnen unangenehm erscheinenden Menschen über ein polizeiliches Platzverbot des Bahnhofvorplatzes zu verweisen.

Dies vorliegend, fanden sich die TeilnehmerInnen des Runden Tisches im Café 72 zusammen, um das Thema zu besprechen. Zunächst wurde festgestellt, dass die rechtliche Dimension, welche das Betteln betrifft, die Kompetenzen des Runden Tisches überschreite. So richtete sich der Fokus also auf die Gruppe, welche die VerfasserInnen des Briefes als »Obdachlose« zusammenfassten. Diese zeigt sich bei näherer Betrachtung zwar heterogener, als es der verkürzende Begriff »Obdachlose« vermuten lässt. Was diese Menschen allerdings gemeinsam haben, ist die Armut. Ob sie in einer Einrichtung der Wohnungsnotfallhilfe leben und nach einem Mittagessen im Café 72 einen Halt am Bahnhof machen, einer prekären Beschäftigung nachgehen und ihren Feierabend am Bahnhofsvorplatz verbringen oder sich aus anderen Gründen dort aufhalten. Ihre finanziellen Mittel sind so beschränkt, dass die Auswahl an Möglichkeiten, um am öffentlichen Leben teilzuhaben, enorm begrenzt sind. Die schlechte finanzielle Situation dieser Menschen führt dann auch

dazu, dass in der Öffentlichkeit uriniert werden muss. Die Toiletten im Bahnhofsgebäude zu benutzen kostet schließlich fünfzig Cent pro Nutzung, was u.a. für BezieherInnen von ALG II einfach zu viel ist.

Schnell war den TeilnehmerInnen des Runden Tisches – ausser dem Streetworker der Ambulanten Hilfe e.V. noch VertreterInnen der Parteien, des Gewerbe- und Handelsvereins,

öffentlicher Einrichtungen wie dem Sozialamt, dem Jobcenter oder dem Ordnungsamt, der Polizei und VertreterInnen der Sozialen Arbeit aus Wohnheimen, Beratungsstellen oder dem Sozialpsychiatrischen Dienst – **klar, dass das geforderte Platzverbot nicht zielführend sein kann.** So fehlt nicht nur die rechtliche Grundlage. Es wurde deutlich, dass vor allem städtebauliche Maßnahmen zu einer



Konzentration verschiedener Gruppen am Bahnhofsvorplatz geführt haben. Die Renaturierung entlang des Neckars, z.B. am Mühlgrün, die Umgestaltung des Wilhelmsplatzes, usw., hatten großen Anteil an der Zuspitzung der Situation. **Auch bezog der Runde Tisch, allem voran Polizei, Ordnungsamt und die Soziale Arbeit, klar Position hinsichtlich der Bürgerrechte der Menschen am Bahnhof.** Diese stünden nicht zur Diskussion und seien schon durch die häufigen Personenkontrollen, die am Bahnhof durchgeführt werden, besonders stark strapaziert.

Es wurde daher beschlossen, die Situation am Bahnhofsvorplatz direkt anzugehen. Eine Versetzung der Bänke, welche vor dem Eingang stehen, sowie die Bereitstellung von kostenlosen Toiletten, stehen dabei im Mittelpunkt. Als Basis für einen fraktionsübergreifenden Antrag im Bezirksbeirat soll das Protokoll des Runden Tisches dienen. Vor allem der Einbezug der Beteiligten – also Gewerbetreibender vor Ort und den Gruppen, welche den Bahnhofsvorplatz nutzen – ist dabei vorgesehen. Im Rahmen der Beteiligung soll auch der Versuch unternommen werden, Zuverdienstmöglichkeiten für die teilnehmenden ALG II BezieherInnen zu schaffen. Über die konkrete Umsetzung wird noch zu beraten sein. Ideen sind reichlich vorhanden, ob nun kostenpflichtige Toiletten

über eine Chipkarte kostenfrei genutzt werden können, Dixi-Toiletten aufgestellt werden oder eine andere Option letzten Endes realisierbarer scheint.

Als wichtigstes Ergebnis dieser Sitzung des Runden Tisches bleibt festzuhalten: **Politik und Verwaltung haben zugesagt, nach Lösungen zu suchen, deren Vorzeichen »Beteiligung von BürgerInnen« und nicht »Vertreibung von Unerwünschten« ist.** Hierin wird der Erfolg der Gremienarbeit in der Aufbauphase der Straßensozialarbeit sichtbar, deren Ziel immer die Vertretung der Interessen ihrer Klientel war. Die Bürgerrechte der Menschen, die sich am Bahnhof aufhalten, wurden akzeptiert und der Verzicht von repressiven Mitteln der Vertreibung durch Politik und Verwaltung erklärt. So erfreulich dies auch ist, so notwendig zeigt sich hieran, dass es viel Zeit und Einsatz bedarf, um die verschiedenen Gruppen miteinander ins Gespräch zu bringen. Schon seit der europäischen Antike ist das demokratische Bekenntnis einer Stadt an ihren öffentlichen Plätzen abzulesen. **Erst ein freier Zugang zu öffentlichem Plätzen und deren gemeinsame Nutzung auf Augenhöhe, kann BürgerInnen in die Lage versetzen die Belange ihrer Stadt öffentlich zu diskutieren.** Dies sicher zu stellen ist die notwendige Bedingung, um die Beteiligung von in Armut lebenden Menschen voran zu bringen.



Glücklich seit 1.7.2012: Bezug einer Mietwohnung bei der Ambulanten Hilfe e.V.

Frau A war 11 Jahre wohnungslos – im Alter zwischen 25 Jahren und 36 Jahren.

Eine ewig andauernde Achterbahn der Gefühle.

Einmal gesellschaftlich ausgegliedert – immer ausgegliedert!? Fehler gemacht, ins Loch gefallen, mühsam aufgerappelt und hochgezogen, auf die Zehen getreten bekommen, wieder zurück gefallen... über Jahre hin.

Privat, bei der Wohnungssuche, bei der Arbeitssuche, mit den Kindern. Immer wieder Versagen, nie gut genug, immer zuviel oder zu wenig!!!

Frau A wurde mit 25 Jahren wohnungslos. Aus heutiger Sicht und rückblickend kämpft sie seit Jahren um Normalität und gesellschaftliche Integration.

Sie ist seit 2001 bei der Zentralen Frauenberatung bekannt, wurde von dort aus immer wieder mit Unterkunftsmöglichkeiten versorgt, die sie in mehr oder weniger langen Zeiträumen nutzte. Seit Mai 2005 ist sie in regelmäßigen Abständen zum Bera-

tungsgespräch gekommen.

Frau A. lebte meist in prekären Wohnverhältnissen bei verschiedenen Bekannten bis es aus den verschiedensten Gründen dort nicht mehr ging. Über etwaige Gewalt hat sie bei Vorsprachen in der Zentralen Frauenberatung nie gesprochen, Anzeichen waren aber zu sehen. Wenn »es also nicht mehr ging« kam Frau A. in die Zentrale Frauenberatung und bat um Hilfe. Jahrelang ist sie im Hilfesystem gekreist, immer in Gemeinschaftsunterkünften oder Einrichtungen. Großer Wunsch war immer eine eigene Wohnung zu haben, einen geschützten Raum für Rückzug, Schutz und Selbstbestimmung. Sich diesen Wunsch zu erfüllen ist weder über Makler noch über Anzeigensuche gelungen. Mit ihrem Werdegang und dem fehlenden Arbeitsplatz hat sie auch keine Chance auf dem freien Wohnungsmarkt.

Neben dem Unterbringungs- und Wohnungsproblem gab es diverse andere Problem, die zeitweise unlösbar schienen. Frau A war der Sozialarbeiterin gegenüber scheu und zurückhaltend, erzählte nie von der Vergangenheit, auch nicht über ihre Kinder, die inzwischen schon groß sind. Es kam zu Arbeitsversuchen, die meist sehr schnell scheiterten oder erst gar nicht begonnen wurden. Sie erhielt Kürzungen auf das ALG II und Drohungen seitens des JobCenters, die aber auch nicht zielführend waren. Frau A war al-

lerdings zu dieser Zeit nicht zuverlässig mit den Terminen beim JobCenter. Das änderte sich später. Einen erneuten Versuch im Jahr 2010 mit Vermittlungsschein eine Arbeitsstelle auf dem 1. Arbeitsmarkt zu bekommen ist leider nicht geglückt. Auf ihren Wunsch hin, wurde bei der Zentralen Frauenberatung ein Geldverwaltungs-konto eingerichtet. Sie hatte damit die Möglichkeit der Geldeinteilung. Es wurde eine Schuldenregulierung begonnen, Ratenzahlungsanträge gestellt und monatliche Ratenzahlungen vereinbart. Die Durchführung des Ganzen war Frau A. sehr wichtig und sie hielt sich – auch in Zeiten der absoluten finanziellen Not – an die Abzahlungen und ist nun in absehbarer Zeit schuldenfrei. Die Geldverwaltung lief relativ problemlos. Es gab zwischendrin immer Zeiten, in denen sie »absackte« und verstärkt dem Alkohol zusprach. Das hatte meist etwas mit ihren Unterbringungen zu tun, bspw. wenn zu viele psychisch kranke Frauen in ihrer Nähe waren, die sie nicht aushielt und mit der Perspektivlosigkeit ihrer gesamten Lebenssituation. Aber in letzter Zeit konnte die betreuende Sozialarbeiterin erneute Bemühungen von Frau A spüren. Sie suchte wieder intensiv nach Arbeit, sammelte Unterlagen, schrieb Bewerbungen. Auch äußerlich veränderte sie sich zusehend positiv – trotz kleiner Rückfälle. Sie hatte wieder Ziele, wollte raus aus

dem Dreck. In dieser Situation konnte ihr eine Sozialwohnung der Ambulanten Hilfe e.V. angeboten werden.

Nun steht sie vor einem Neuanfang in einer eigenen Wohnung - nach fast 10 Jahren. Sie ist darüber sehr glücklich. Eine neue Chance! Diesmal soll alles gelingen. Einfach wird es nicht werden, aber sie hat jetzt die besten Voraussetzungen. Seitens der Zentralen Frauenberatung ist dabei Unterstützung »jederzeit« möglich, aber: Frau A möchte erst einmal alleine zu Recht zu kommen. Ihr Ziel ist es auch, vom JobCenter unabhängig zu werden, d.h. eine Arbeit zu finden und eigenes Geld zu verdienen. Wir wünschen ihr viel Kraft dabei und auch, dass sie mittelfristig ihr Alkoholproblem löst. Ihr konfliktreiches und unstetes Leben hat körperliche Spuren hinterlassen und auch an ihren physischen Kräften gezehrt.





In den ersten beiden Februarwochen 2012 fiel das Thermometer nachts dauerhaft auf 10 – 15 Grad unter Null. In den Medien hatte es in den Tagen zuvor Berichte über viele Kältetote in Ländern Mittel- und Osteuropas gegeben. In mehreren Städten in der Bundesrepublik waren »Kältebusse« im Einsatz. Ziel dieser »aufsuchenden Hilfe« ist immer, Obdachlosen – insbesondere denjenigen, die außerhalb des Hilfesystems stehen – und hilflosen Personen auf der Straße das Überleben zu ermöglichen, Erfrierungen zu verhindern und weiterführende Hilfen anzubieten. Der »Kältebus« in Stuttgart war Anfang Februar in 6 Nächten unterwegs von jeweils 21:30 bis 00:30 Uhr. Der Einsatz war durch das Sozialamt in vorangegangenen Nächten gut vorbereitet worden

z.B. indem bekannte Treffpunkte in der Stadt und am Stadtrand abgefahren wurden. Deshalb konnte der Einsatz des »Kältebus« auf die frühen Nachtstunden und die Tallage von Heslach bis Cannstatt beschränkt werden. Angefahren wurden 12 Orte/Plätze, durchschnittlich 20 – bis zu 30 - Personen wurden angesprochen, mit heißem Tee und Keksen und im Einzelfall mit Handschuhen, Decken und Schlafsack versorgt. Dabei wurde darauf geachtet, das Angebot von Übernachtungsmöglichkeiten deutlich zu machen und Erfrierungen zu verhindern. Die Touren wurden durchgeführt mit je 2 Personen: 3 Sozialarbeiterinnen und 1 Sozialarbeiter von der Caritas, einer von der Evangelischen Gesellschaft (eva). Die AH stellte den ehrenamtlichen Fahrer. Wir wurden

freundlich aufgenommen, es gab keine Probleme. In der ersten Nacht fuhr ein Fernsehteam der Landesschau mit. Der Bericht wurde am folgenden Abend gesendet. (die abgebildeten Fotos sind dem Bericht entnommen). Er kam gut an. Die Presse berichtet nicht. Problematisch war, dass wir Ausländer wohl aus Südosteuropa mangels Sprachkenntnissen nicht »erreichen« konnten. Sie sind am meisten gefährdet, sie stehen außerhalb des Hilfesystems, während die meist bekannten, oft »Berber« genannten Menschen genau wissen, wie sie sich bei Kälte zu verhalten haben. Einige Jüngere hatten für sich das »Zeltdorf« im Schlossgarten entdeckt.

Zwei Ergebnisse sind es wert festgehalten zu werden:

- Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit: es ist wichtig hinzuschauen. Die BürgerInnen einer Stadt leisten dadurch einen Beitrag für den Zusammenhalt der Gesellschaft: lebt »der im Biwak« auch bei dieser großen Kälte noch dort? Schützt das Biwak in einem Hauseingang gegen die Kälte? – oder sollte nicht doch Nachts die Polizei gerufen werden?

- In Stuttgart gibt es ein gutes und gut funktionierendes professionelles Hilfesystem. Es gibt keine dramatischen Situationen, die Akteure im Sozialamt und bei den freien Trägern wissen, was zu tun ist und es geht schnell: übers Wochenende wurde der »Kältebus« auf die Beine gestellt. Die Sozialbürgermeisterin lud im März alle Beteiligten ein, um sich für ihren »außergewöhnlichen Einsatz recht herzlich zu bedanken«.

Zum Schluss noch ein praktischer Tipp zum Überleben im Dschungel der Großstadt bei großer Kälte: im Notfall rettet eine öffentliche Toilette. Sie ist zugänglich, beleuchtet und geheizt.



Die abgebildete mail bekam eine unserer Sozialarbeiterinnen als Dankschreiben von einem Klienten. Dieses Schreiben lässt viele Details unserer Arbeit, sowie die Bedeutung der persönlichen Beziehung in der Beratungsarbeit erkennen.

Seite 1 von 1

Margarete Luikart

Von: [Name redacted]
An: [Name redacted]

Gesendet: Mittwoch, 23. Mai 2012 14:50

Betreff: netten gruß senden

hallo frau luikart,

schon seit längerem wollte ich ihnen mal einen netten gruß senden,und ihnen einen schönen tag wünschen. jetzt nehme ich den ausgerichteten gruß meines nachbarn zum anlass endlich mal in die gänge zu kommen.

erst vor kurzem hat meine mutter nach ihnen gefragt. ob wir noch kontakt hätten und so.....und wie es ihnen geht.

ich habe sie in allerbesten erinnerung. sie und die wunderschöne wohnung sind untrennbar miteinander verbunden. das war beste arbeit,was sie und die ambulante hilfe damals geleistet haben.

und es war einer der glücklichsten und besten momente,das wir damals zueinander gefunden haben. ich bin mir dessen sehr bewußt und nachwievor unendlich dankbar,das sich die dinge damals so gefügt haben.

das wollte ich ihnen einfach mal so sagen.

dank ihnen hat sich mein leben wieder deutlich stabilisiert. ich bin viel ruhiger geworden und ausgeglichener.

seit über einem jahr arbeite ich bei der [Name redacted] am pc. es macht mir echt spaß.

und ich bin der erste,der nach einem jahr nochmals ein ganzes jahr weiterverlängert bekommen hat.

außerdem bin ich immer noch stabil,was die substitution angeht.

als nächstes steht eine [Name redacted]-behandlung für [Name redacted] an.

ich hoffe ihnen geht es auch gut.

auf jeden fall wünsche ich ihnen alles gute und gesundheit.

viele grüße.



Bilder vom Einzug eines Klienten in eine von uns neu erbaute Sozialwohnung. So stellen wir uns die Beseitigung von Wohnungsnot vor.



Willi Schraffenberger

Seit 1987 war er in der Regionalen Fachberatungsstelle tätig. Sein Hauptinteresse war immer der direkte Kontakt zu Klienten. Lange Jahre war er im Rahmen der Straßensozialarbeit Ansprechpartner vor Ort. Auch bei zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Aktionen verschaffte er dem Thema Wohnungsnot die notwendige Aufmerksamkeit. Seit dem Frühjahr 2012 ist er in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.



Hannes Schierle war seit 2009 Mitarbeiter bei der Ambulanten Hilfe e.V. Bei der Streetwork und im Café 72 setzte er Akzente. Bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie auch bei Klientinnen und Klienten ist er sehr beliebt. Leider verläßt er uns wegen eines weiteren Studiums. Dafür wünschen wir ihm viel Glück, Erfolg und Spaß.



Tanja Köllinger war seit 2010 Mitarbeiterin in der Regionalen Fachberatungsstelle in Bad Cannstatt. Sie verläßt uns aus privaten Gründen. Wir danken für ihr Engagement und wünschen für die Zukunft alles Gute.

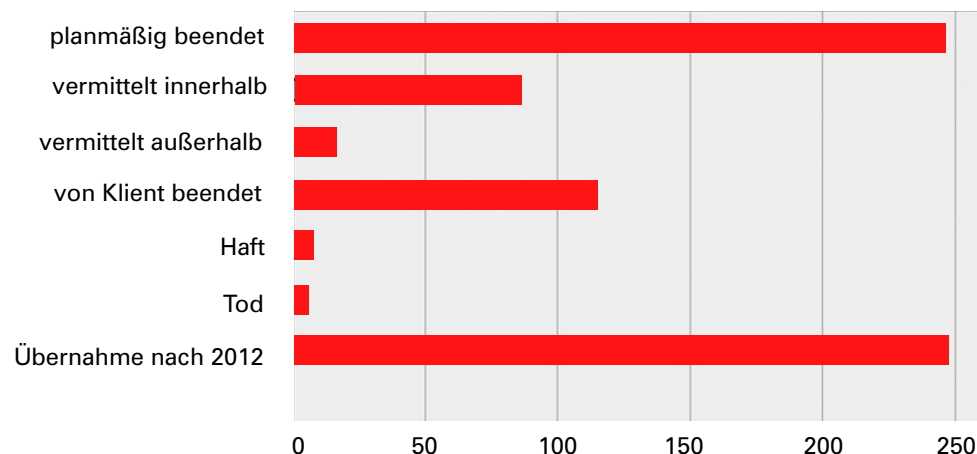
Zahlen 2011

Im Jahr 2011 (in Klammern: Zahlen 2010) haben 720 (675) Personen an unserer Fachberatungsstelle nach Hilfe nachgefragt. Davon wurden 245 (204) in das Folgejahr übernommen, planmäßig wurden 85 (72) Personen innerhalb und 15 (8) Personen außerhalb des Hilfesystems vermittelt. 114

(183) Personen waren nicht in der Lage unser Beratungsangebot vollständig anzunehmen, 246 (197) Personen wurden planmäßig beendet. 7 (7) Personen kamen in Haft und 4 (4) Personen sind verstorben.

Als Schaubild in Balkenform lassen sich diese Zahlen wie folgt abbilden:

Fallzahlen 2011



Unterkunftssituation unmittelbar vor Hilfebeginn

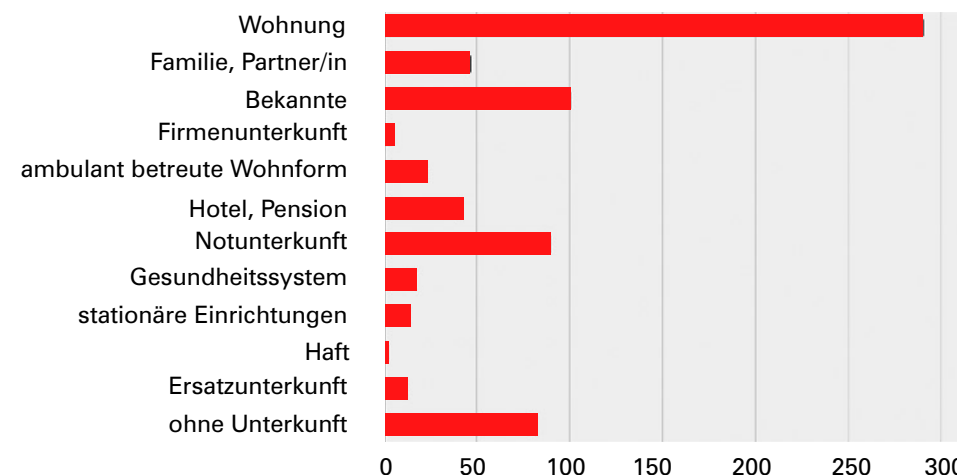
290 (271) Personen lebten in einer Wohnung (mit eigenem Mietvertrag). 46 (49) Personen lebten in einer Familie bzw. mit einem Partner. 100 (92) Personen konnten bei Bekannten unterkommen. 4 (4) Personen hatten bei ihrem Arbeitgeber eine Firmenunterkunft. 23 (22) Personen befanden sich in einer ambulant betreuten Wohnform (ohne eigenen Mietvertrag in einer Wohngruppe). 41 (36) Personen lebten in einem Hotel, Pension (gewerblich). In einer Notunterkunft, Übernachtungsstelle (gemeinnütziger oder kommunaler Träger) lebten 89 (84) Personen. 16 (12) Personen lebten in einer Einrichtung des Gesundheitssystems (Krankenhaus, Pflegeheim,

Psychiatrie). 13 (11) Personen waren in einer stationären Einrichtung (Einrichtungen nach § 67 - §69 SGB XII). In Haft befanden sich 2 (4) Personen. Eine Ersatzunterkunft (ungesicherte Unterkunft wie Gartenlaube, Wohnwagen, Wagenburg etc.) hatten 11 (12) Personen. Ganz ohne Unterkunft (»auf der Straße leben«, »Platte machen«) lebten 81 (78) Personen.

Zwar stellen die Menschen ohne Wohnung (aber mehrheitlich mit irgend einem Obdach) mit ~60% (= 430 Personen) immer noch die Mehrheit unserer Klienten dar.

Die 290 Personen mit eigener Wohnung zeigen aber den hohen Stellenwert (~40%), welchen die präventive Arbeit mittlerweile innerhalb unserer Beratung einnimmt.

Unterkunftssituation 2011



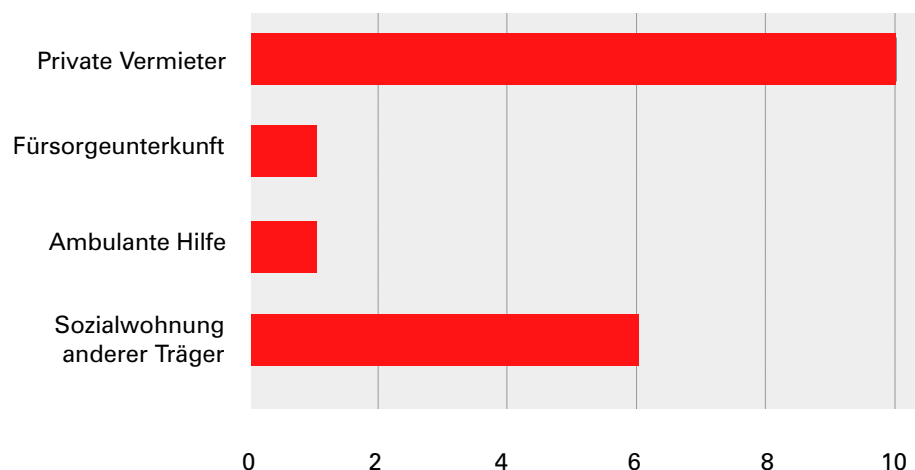
Vermittlung von Wohnraum

Im Jahr 2011 konnte 18 (16) Personen mit Hilfe der Fachberatungsstelle eine Wohnung vermittelt werden.

Davon wurden 10 Wohnungen auf

dem freien Wohnungsmarkt realisiert, 1 (2) Wohnung bei der Ambulanten Hilfe, 1 (0) Wohnung in einer Fürsorgeunterkunft und 6 (4) Wohnungen bei anderen Trägern von Sozialwohnungen.

Vermittlung von Wohnraum 2011



Hinter die Zahlen schauen

Wenn eine Statistik sehr viele Zahlen enthält, verliert man als Leser leicht den Überblick. Deshalb wollen wir eine Besorgnis erregende Entwicklung gesondert herausstellen:

Während wir im Jahr 2010 insgesamt 675 Personen beraten haben, sind es – wie eingangs bereits erwähnt - 2011 genau 720 gewesen. Dies war eine Steigerung von 6,7% gegenüber dem Vorjahr. In den vergangenen Jahren haben wir nach einer deutlichen Steigerung meist wieder einen gewissen Rückgang am Anfang des Folgejahres verzeichnen können.

Das ist im ersten Halbjahr 2012 aber nicht eingetreten – und zwar weder bei unserer Männerberatungsstelle, noch bei einer der anderen fünf Fachberatungsstellen der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe. Im Gegenteil:

10% mehr Fälle im 1. Halbjahr 2012

Wenn man die an das Sozialamt insgesamt gemeldeten Fallzahlen des 1. Quartals 2012 mit denen des Vorjahres 2011 vergleicht, muss man Stuttgartweit eine Zunahme um 158 Fälle konstatieren, was einer 9,4%igen Steigerung entspricht. Im 2. Quartal 2012 hat es sogar 176 Fälle mehr als im Vergleichs-Quartal 2010 gegeben; das bedeutet eine 10,8%ige Erhöhung in ganz Stuttgart! Die Ursachen für diese allgemeine Entwicklung müssen selbst allgemeiner Art sein (hängen also nicht mit Beson-

derheiten einzelner Beratungsstellen zusammen). Die einzig vernünftige Erklärung scheint uns eine drastische Verknappung preiswerten Wohnraums in Stuttgart und Umgebung zu sein (siehe an anderer Stelle in diesem Jahresbericht). Die Folgen dieser Entwicklung sind dramatisch:

Fast alle Einrichtungen der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe sind verstopft: Es findet kein ausreichender Abfluss mehr durch die Vermittlung in Wohnraum statt.

Kein Platz mehr in Notübernachtungen

Für die neuen Wohnungsnotfälle gibt es keine freien Plätze mehr in den so genannten Aufnahmehäusern; und selbst in den Notübernachtungen, die nur für die Unterbringung über Nacht gedacht sind, bleiben die Menschen, die drin sind, Wochen, während andere tagelang erst gar nicht hinein kommen. Die Fachberatungsstellen sehen sich also mit einer deutlich steigenden Anzahl von Hilfe suchenden Menschen konfrontiert, während die Vermittlungsmöglichkeiten in eine Unterkunft so sehr eingeschränkt worden sind, dass die Suche nach solchen immer mehr Zeit in der Beratung verschlingt. Die Beratungsstellen brauchen dringend mehr Zeit, also Personal, wenn in der Beratung nicht alle anderen Probleme durch die Unterkunftssuche in den Hintergrund gedrängt werden sollen.

